

zu fahren. Drei, vier Busse muss sie abwarten, erst dann schafft sie es, sich in eines der mit Foxconn-Pendlern überfüllten Fahrzeuge zu zwängen. Rechts und links der Straße wuchern neue Werks- und Wohngebäude empor. Jeweils sechs Kollegen teilen sich einen Schlafräum.

Vor etwa drei Wochen erst kam Xiao aus einer anderen Gegend Sichuans nach Chengdu. In zehn Bussen hatten die lokalen Kader den Transport von rund tausend neuen Arbeitern zu Foxconn organisiert. Viele von ihnen wurden wie Xiao als sogenannte Praktikanten verpflichtet. Sie verdienen 1240 Yuan im Monat, etwa 135 Euro, wobei die täglichen Überstunden extra vergütet werden.

Die Fabrik ist neu, der Drill blieb der alte: Vor und nach der Schicht treten die Arbeiter in Reih und Glied an und hören den Weisungen ihres Bandaufsehers zu. Rund 800 Kollegen auf einem Stockwerk montieren mit Xiao iPad-Zubehör. Sie sitzt am Ende des Bandes und überprüft, ob ihre Kollegen alle Teile korrekt eingebaut haben. Ihre Augen schmerzen, aber ihr eigener Vorarbeiter treibt sie an.

Während der Schicht darf sich niemand unnötig bewegen. Wer zur Toilette gehen möchte, muss vorher den Aufseher um Erlaubnis bitten. „Das ist jedes Mal peinlich“, sagt die kleine Chinesin. Bis Mitternacht arbeiten sie, dann gibt es eine Mahlzeit. Die Unterbrechung dauert eine Stunde. Um drei Uhr morgens dürfen sie noch mal zehn Minuten pausieren.

Offiziell endet die Nachschicht morgens um fünf. Doch fast immer hängen sie dann zwei oder drei Überstunden dran. Nur so kämen sie auf einen Lohn, der zum Leben reicht, sagt Arbeiter Wang, der bald bei Foxconn aufhören will: „Nach Abzug der Kosten für Wohnen und Essen bleiben mir nur 950 Yuan Basislohn“, sagt er, rund hundert Euro, „dafür ist die Arbeit bei Foxconn viel zu hart.“

Noch erhält der Konzern Rückendeckung von der Obrigkeit. Fast jeder Bewerber bekomme einen Job bei Foxconn, lockt ein Beamter der Arbeitsvermittlung in Chengdu. Nur eine Bedingung gebe es: Bewerber sollten sich unbedingt ihre Tattoos entfernen lassen, bevor sie sich bei der sittenstrengen Firma vorstellen.

An diesem Morgen, wenige Tage nach der Explosion, hat der Beamte bereits 20 junge Frauen angeworben. Mit ihrem kargen Gepäck warten sie, dass ein Mini-Van der Stadt sie zur Fabrik fährt.

Xiao würde gern gehen. Sie hat Angst vor den Vorarbeitern, vor den gesundheitlichen Folgen der Arbeit, vor neuen Explosionen. Von ihrer besorgten Familie wurde sie per Handy zur Rückkehr aufgefordert, erzählt sie. Doch sie kann noch gar nicht weg. Sie muss wenigstens so lange ackern, bis sie das Geld für die Rückreise beisammen hat.

WIELAND WAGNER



RWE-Chef Großmann, Vattenfall-Pannereaktor Krümmel: Mit jedem Tag wächst die Nervosität

ENERGIEWIRTSCHAFT

Schnell ins Ausland

Deutschen Stromkonzernen droht ein Absturz. Der Ausstieg aus der Kernenergie reißt Milliardenlöcher in ihre Bilanzen. Das althergebrachte Geschäftsmodell funktioniert nicht mehr.

Jürgen Großmann liebt die Rolle des einsamen Streiters. Weder die Bundesregierung noch Kanzlerin Angela Merkel persönlich könnte ihn von seinem „Atomkurs abbringen“, brummte der 2,05 Meter große Hüne vor wenigen Tagen in Düsseldorf. Als Chef des Energieriesen RWE trage er schließlich große Verantwortung für das Unternehmen und dessen gut 70 000 Beschäftigte. Die Sicherheit ihrer Jobs liege ihm sehr am Herzen – „dafür werde ich kämpfen“.

Das wird er auch müssen, denn die deutsche Energiebranche – allen voran die vier großen Stromkonzerne RWE, E.on, EnBW und Vattenfall – steckt seit dem Reaktorunfall im japanischen Atomkraftwerk Fukushima und der sich anschließenden Atomdebatte in einer kaum für möglich gehaltenen Krise.

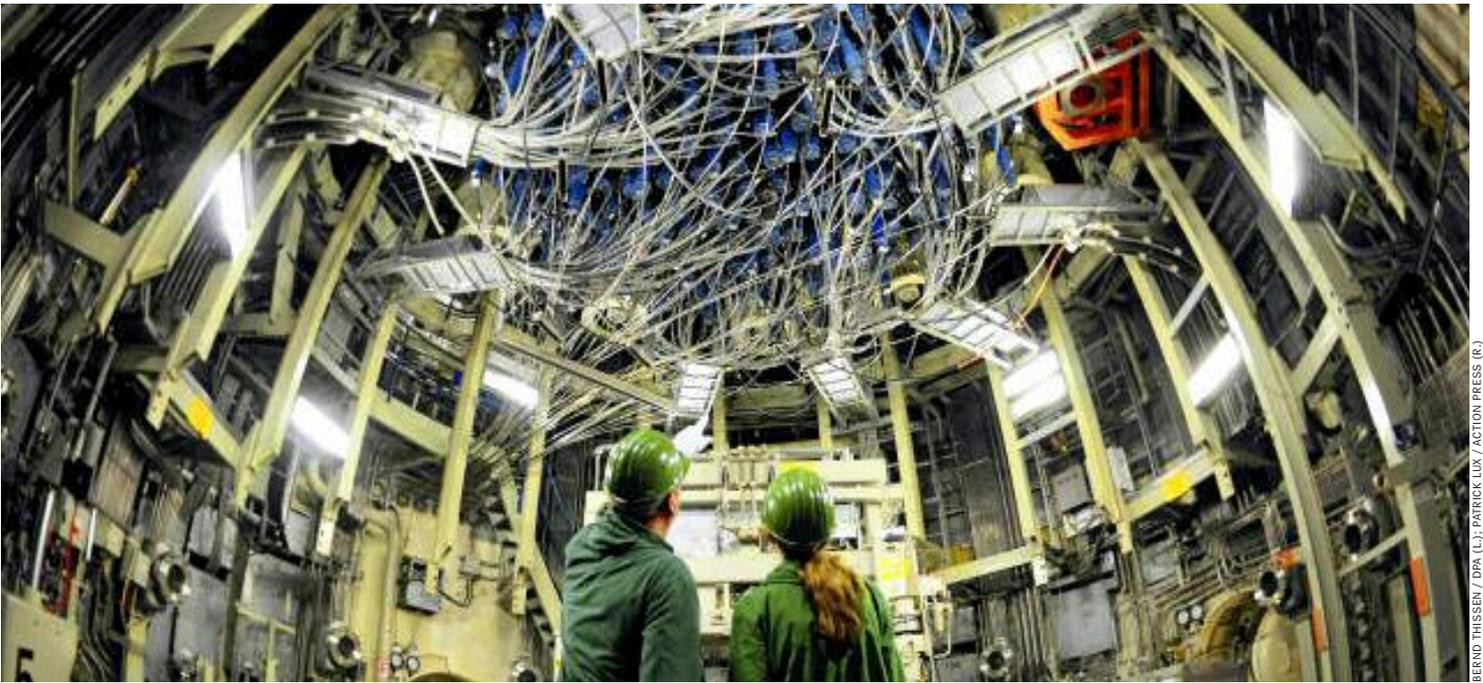
Die Gewinne brechen dramatisch ein. Bis zu 30 Prozent nach Steuern, so die internen Prognosen, könnten es im laufenden Jahr werden. In Scharen laufen die Kunden zu Ökostrom-Konkurrenten wie Lichtblick oder Naturstrom über. Die Aktienkurse der Versorger brechen seit Monaten ein (siehe Grafik). Die Börsenstars von gestern drohen die Übernahmekandidaten von morgen zu werden. Gleichzeitig bereitet die Bundesregierung

unter Federführung von Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) im Rekordtempo den endgültigen Ausstieg aus der Kernenergie vor. Die 7 ältesten von insgesamt 17 deutschen Kernkraftwerken wurden per Moratorium bereits vom Netz genommen. Dass auch die restlichen Meiler abgeschaltet werden, ist nur eine Frage der Zeit.

Noch in dieser Woche will die Koalition die fehlenden Eckpunkte für ihren Ausstiegsplan definieren. Soll der letzte Atomstrom im Jahr 2020 oder 2024 fließen? Welche Kraftwerke müssen wann vom Netz? Was passiert mit der im vergangenen Jahr verabschiedeten Brennelementesteuer? Es geht um wichtige Fragen, jedoch nicht mehr um den Grundsatz.

Fatal für die Konzerne: Anders als bei energiepolitischen Entscheidungen der Vergangenheit sitzen die Chefs des Strom-Quartetts nicht in den Verhandlungsrunden. Mausechelen, wie sie noch bei der Laufzeitverlängerung im Sommer vergangenen Jahres angeprangert wurden, soll es diesmal nicht geben. „Das ist eine genuin politische Entscheidung“, stellte Bundesumweltminister Röttgen vergangene Woche klar.

Mit jedem Tag der Ungewissheit wächst bei RWE und E.on die Nervosität.



BERND THISEN / DPA (L); PATRICK LUX / ACTION PRESS (R.)

in den großen Unternehmen

Denn es geht um mehr als den möglichen Ausfall milliardenschwerer Einnahmen aus Atomkraftwerken und die Frage, ob die Brennelementesteuer erhalten bleibt. Im Kern steht die Tragfähigkeit ihres Geschäftsmodells zur Disposition, Strom zentral in riesigen Kraftwerken zu produzieren. Es geht ums Überleben.

Schon haben Rating-Agenturen angedroht, die deutschen Konzerne weiter herabzustufen. Seitdem wächst die Angst vor möglichen Übernahmen. Der ehemalige französische Staatskonzern GDF Suez, aber auch russische Giganten wie Gazprom kämen in Frage.

Besonders gefährdet sind der bisherige Branchenprimus E.on und sein Chef Johannes Teysen. Mit rund 40 Prozent Kernkraftanteil ist der Konzern der größte Atomstromproduzent Deutschlands. An insgesamt elf Kernkraftwerken ist E.on beteiligt, sechs davon betreibt es allein.

Unter den diversen deutschen AKW sind Pannenreaktoren wie Krümmel, aber auch Altmeiler wie das 1978 ans Netz gegangene Kernkraftwerk Unterweser in Niedersachsen, das eigentlich schon 2012 abgeschaltet werden sollte.

Und weil auch das zweite Standbein des Düsseldorfer Konzerns, das Gasgeschäft mit Russland, Millionenverluste einführt, versucht Teysen in den Gesprächen mit der Bundesregierung zu retten, was zu retten ist – mit für ihn ungewöhnlicher Milde.

Er habe, lächelt er in jede Kamera, Verständnis für den Moratoriumsbeschluss. Rechtliche Schritte kämen vorerst nicht in Frage. „Sicherheit geht vor“, auch seine Kinder lebten schließlich „in der Nähe eines Atomkraftwerkes“.

Tatsächlich steckt hinter dem öffentlich zur Schau getragenen Bild des verständnisvollen Strommanagers Kalkül. Teysen hofft trotz gegenteiliger Beschlüsse, seinen Altmeiler Unterweser nach Ablauf des Moratoriums wieder ans Netz zu bekommen. Sein Argument: Im Gegensatz zu anderen Altmeilern verfüge Unterweser über modernere Sicherheitstechnik.

Außerdem braucht der E.on-Chef Unterstützung bei einem weiteren schwierigen

gen Großprojekt: dem über eine Milliarde Euro teuren Kohlekraftwerk im nordrhein-westfälischen Datteln. Seit über einem Jahr ruhen in dem fast fertiggestellten Bau auf richterlichen Beschluss die Arbeiten, weil E.on Planungsfehler unterlaufen sind.

Ohne tatkräftige Hilfe der Politik, weiß der E.on-Manager, könnte sein hochmodernes Kohlekraftwerk zu einer der kostspieligsten Investitionsruinen Deutschlands werden. Weitere Löcher in der Bilanz wären die Folge. Denn auch Abriss und Entsorgung des Kraftwerks müsste E.on bezahlen.

Während Teysen noch taktiert, jedoch intern bereits angekündigt hat, auch ganz andere Saiten aufziehen zu können, hat sein RWE-Kollege Großmann sämtliche Zurückhaltung fahrenlassen. Der energiepolitische Kurs der Bundesregierung sei falsch, polterte er vergangene Woche beim Wirtschaftsrat der CDU in Berlin. Deutschland drohe eine „Ökodiktatur“.

Großmann hat nicht nur gegen das Moratorium geklagt. Seit Monaten bereits versucht der RWE-Chef, den Traditionskonzern aus der Abhängigkeit des deutschen Marktes und der Politik zu lösen. Am liebsten würde er Teile des Konzerns ins Ausland verlagern – oder gar mit einem internationalen Partner fusionieren.

Das würde nicht nur die Abhängigkeit vom Deutschland-Geschäft mindern. Möglicherweise könnte aus grenznahen Kraftwerken im Ausland auch Strom importiert werden. Und so sondiert Großmann von Russland über Tschechien bis nach Frankreich die Möglichkeiten, die ihm noch bleiben.

Eine erste Chance sah Großmann vor knapp zwei Wochen. In den Niederlan-

Stromausfall

Aktienkurs von E.on und RWE im Vergleich zum Deutschen Aktienindex (DAX)

Veränderung seit Anfang 2010 in Prozent



den erwarb er eine knapp 30-prozentige Beteiligung an einem Atomkraftwerk in Borssele. Neben dem bereits 1973 erbauten Altmeiler plant die niederländische Regierung möglicherweise den Bau eines neuen AKW. Auch daran könnte sich RWE beteiligen. Doch das wäre womöglich nur der Auftakt für einen noch viel größeren Schachzug. Wozu Großmann tatsächlich fähig wäre, hat er vor drei Monaten mit dem spanischen Stromversorger Iberdrola demonstriert.

Wochenlang verhandelte er ernsthaft über einen Zusammenschluss mit dem auf regenerative Energien spezialisierten Energieversorger. Dabei war Großmann offenbar nicht nur bereit, RWE als Juniorpartner in ein gemeinsames Unternehmen einzubringen. Sogar der Unternehmenssitz sollte ins Ausland verlegt werden. Nur die Angst der Spanier vor zu viel Mitbestimmung der Gewerkschaften stoppte den Plan.

Wie sein E.on-Konkurrent Teyssen plant Großmann überdies, Teile des bisherigen Geschäfts zu verkaufen. Nach RWE-Planungen geht es um eine Größenordnung von rund acht Milliarden Euro.

Grund für den Rückzug: Mit dem Ausstieg aus der Kernenergie und dem Ausbau der regenerativen Energien ändert

schen Küsten zu bauen, wurden erfüllt. Warum auch? Die abgeschriebenen Kohlemeiler und Atomkraftwerke sorgten für Milliarden Gewinne.

Mit dem Ausstieg aus der Atomkraft wird sich das ändern. Die Energieversorgung der Zukunft soll aus wenigen Reservekraftwerken und vielen kleinen, dezentralen und intelligent vernetzten Einheiten, aus Wind-, Sonnen-, Wasser- und Biomasseanlagen bestehen. Ein Terrain, auf dem sich die Stromversorger kaum auskennen und auf dem sie, wie Umweltminister Röttgen dem verdutzten RWE-Chef bereits vor eineinhalb Jahren prophezeit, auch nicht gebraucht werden.

So versuchen immer mehr Gemeinden etwa mit Bürgerwindparks eine eigene Energieversorgung aufzubauen. Und auch die wichtigsten Kunden der Stromriesen, die rund 900 Stadtwerke, setzen sich ab. Vor wenigen Wochen erst hat sich ein Konsortium aus sieben Stadtwerken für 651 Millionen Euro eine Mehrheit am Kraftwerksbetreiber Steag gesichert. Ziel: mehr Unabhängigkeit von RWE und Co.

Die Stadtwerke Münster etwa versuchen, Lieferverträge mit RWE-Chef Großmann zu kippen, um ihren Kunden demnächst atomfreien Strom anbieten zu können. In Hamburg versuchen Bürger, das Stromnetz vom Betreiber Vattenfall zurückzukaufen. Und auch das größte Stadtwerk Deutschlands in München plant, seine Produktion bis zum Jahr 2025 auf regenerative Energien umzustellen.

Um das ehrgeizige Ziel zu erreichen, investiert das Stadtwerk sogar europaweit. „In der Region allein können wir unsere Ziele nicht erreichen“, sagt Stadtwerkschef Kurt Mühlhäuser. Aber auch in Bayern ist Mühlhäuser aktiv.

Ob solche Projekte sich durchsetzen und ob sie geeignet sind, einen Industriestandort wie Deutschland mit genügend Strom zu versorgen, ist offen.

Sicher ist, dass für die Stromriesen immer weniger Platz sein wird. Ohne Reformen und einen Neuanfang auch in den Chefetagen, glauben inzwischen

selbst deutsche Spitzenmanager, dürften weitere Einbrüche kaum zu verhindern sein.

Bei RWE könnte das schneller gehen als gedacht. Dort will der Aufsichtsrat Anfang August überraschend zu einer Sondersitzung zusammenkommen. Einziger Tagesordnungspunkt: die Energiewende und der damit verbundene Kurs von RWE-Chef Großmann.

FRANK DOHMEN,
KARIN CHRISTMANN, CHRISTIAN SCHWÄGERL

UNTERNEHMEN

In die Wolle gekriegt

Die Mitarbeiter des Öko-Modellabels Hessnatur wehren sich gegen den Verkauf an Finanzinvestoren – und lernen deshalb das Einmaleins des Großkapitals.

Christina Pöttner hat schon mit diesem komischen Wort ihre Schwierigkeiten: Private Equity? Das klingt aus dem Mund der leidenschaftlichen Gewerkschafterin merkwürdig hölzern und fremd, was nicht weiter verwundert: Im vergangenen Herbst hörte sie den Begriff zum ersten Mal. Seither hat sie immerhin gelernt, „dass Equity per se keine schlechte Sache ist“.

Pöttner braucht genau das, Equity, finanzielle Mittel also. Zwischen 25 und 30 Millionen Euro müssen es werden, denn als stellvertretende Betriebsratsvorsitzende des Öko-Modekonzerns Hessnatur will sie gemeinsam mit ihren Kollegen ihr eigenes Unternehmen kaufen, um es vor dem Zugriff eines internationalen Finanzinvestors zu retten.

Ende dieser Woche kommt es zum Showdown: Anfang Juni muss ein verbindliches Angebot vorliegen und die Finanzierung stehen.

„Heuschrecke“ trifft auf Öko-Heilsversprechen, Großkapital auf hessische Lassuns-reden-Mentalität. Denn Hessnatur ist nicht irgendeine mittelständische Modeklitsche. Der Versandhändler aus Butzbach gilt als Pionier deutscher Öko-Mode und Europas größter Händler für naturbelassene Textilien.

Seit 1976 verkauft die Firma Unterwäsche, Kinderklamotten und sonstige Bekleidung aus Biobaumwolle und anderen Naturfasern. Stolz verweist man darauf, „als erstes deutsches Mitglied der Fair Wear Foundation“ für Kleidung zu stehen, „die sozial fair und ökologisch hergestellt wird“. 700.000 Namen hat das Unternehmen in seiner Kundendatei, mit über 300 Beschäftigten erwirtschaftet man einen Umsatz von 70 Millionen Euro.

Wer bei Hessnatur kauft, tut das aus Überzeugung. Weil er giftfreie Kleidung will, weil er an die Baumwollpflanze in Burkina Faso genauso denkt wie an die Näherinnen in Bangladesch. Den Aufpreis und die anthroposophischen Wurzeln nehmen die Kunden offenbar gern in Kauf – sie haben Hessnatur zu einem weit über Latzhosen-Zirkel hinaus bekannten Unternehmen gemacht.

Der Erfolg der Firma ist zugleich ihr Fluch: Die guten Renditen lockten auch



Umweltpolitiker Röttgen, Merkel: „Genuin politisch“

sich für die Konzerne mehr als nur ein Teil ihrer Stromerzeugung. Durch die gewaltigen Kohle- und Atomanlagen konnten die vier Versorger in der Vergangenheit billigeren Strom anbieten als kleine Stadtwerke. Die Gewinne nutzten sie, um ihre Vormachtstellung zu sichern.

In erneuerbare Energien oder zukunftsweisende Technologien investierten sie in Deutschland dagegen wenig. Nicht einmal die selbstauferlegten Verpflichtungen, genügend Offshore-Windparks vor deut-